

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung des Integrationsrates am Donnerstag, 26.10.2023 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Martin Falke CDU

ordentliche Mitglieder

Frau Aynur Bucan Türkisch-Islamische Gemeinde

Herr Cosimo Dell'Abate

Frau Susanne Brandenburg CDU

Frau Monika Grünke-Klapdor CDU

Herr Michael Rupp CDU

Herr Marco Martins Pereira SPD

Herr Oliver Kohl Allianz für Hilden

Frau Chariklia Brüning DIE LINKE

Fraktionen

Herr Matthias Schumann CDU

Frau Henrike Lindenberg SPD

Frau Dr. Andrea Grunert Bündnis 90/Die Grünen

Herr Uwe Gramminger FDP

Herr Marlon Buchholz AfD

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

Gäste

Frau Dr. Astrid Bertram Interreligiöser Dialog

Milord Nang Mitglied des Kommunalen Integrationsmanagements

Laura Weisi Mitglied des Kommunalen Integrationsmanagements

Beiräte

Frau Christel Gerling Seniorenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Rachida El Khabbachi Stadt Hilden

Frau Sonja Ockenfeld Stadt Hilden

Frau Anja Voß Stadt Hilden

Herr Tobias Wobisch Stadt Hilden

Herr Tim Zimmerer Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Der Interreligiöse Dialog stellt sich vor
WP 20-25 SV 51/238
- 3 Sachstandsmitteilung Case Management
WP 20-25 SV 51/247
- 4 Fallzahlenentwicklung Asyl
WP 20-25 SV 51/246
- 5 Sachstandsmitteilung Asyl
WP 20-25 SV III/051
- 6 Vorstellung des Projekts: Zusammen aktiv vor Ort, gesellschaftliche und politische Teilhabe gestalten
WP 20-25 SV 51/249
- 7 Vorstellung "3- Phasen Modell - Integration in den Arbeitsmarkt"
WP 20-25 SV 51/248
- 8 Sachstandsbericht Soziale Dienste - Fachdienst unbegleitet minderjährige Ausländer
WP 20-25 SV 51/253
- 9 Sachstand Integration / Inklusion
WP 20-25 SV 51/240
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 11.1 Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen: Neukonzeption Fest der Völker

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rm Martin Falke/CDU, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Der Interreligiöse Dialog stellt sich vor

WP 20-25 SV
51/238

Die Vertreterinnen des Interreligiösen Dialoges Frau Dr. Astrid Bertram und Frau Aynur Bucan stellten sich vor und präsentierten Ihren Vortrag zum Thema Dialogabende.

Rm Brandenburg/CDU fragte, ob die verschiedenen Diskussionen in einem Bericht zusammengefasst wurde, sodass ein Fazit gezogen werden könne.

Frau Dr. Bertram und Frau Bucan/Interreligiöser Dialog antworteten, dass die verschiedenen Themenbereiche zwar diskutiert jedoch nicht festgehalten wurden. Sie würden jedoch die PowerPoint Präsentationen der Evangelischen Kirchengemeinde Hilden und der DITIB – Türkische Islamische Gemeinde zu Hilden e.V. der Dialogabende zur Verfügung stellen.

Rm Buchholz/AfD wollte wissen, ob der Interreligiöse Dialog zu den aktuellen Geschehnissen bezüglich Antisemitismus Stellung bezogen habe. Ebenso sei aufgefallen, dass seit 2022 keine Beiträge mehr auf Facebook veröffentlicht wurden. Daraufhin fragte er nach dem Grund für die ausbleibende Tätigkeit auf SocialMedia.

Die Vertreterin des Interreligiösen Dialoges Frau Dr. Astrid Bertram gab an, dass Facebook nicht die gewünschte Reichweite brachte, weshalb der Fokus auf andere Plattformen gerichtet wurde.

Rm Reffgen/BA fragte, ob die Thematik Erziehung auch im Dialog besprochen wurde.

Frau Dr. Astrid Bertram/Interreligiöser Dialog antwortete, dass das Thema Erziehung stattgefunden haben, jedoch nicht in der Präsentation vorgestellt wurden.

Rm Gramminger/FDP wollte wissen, wie hoch der Anteil der Jugendlichen und Erwachsenen an den Veranstaltungen war. Ebenso bat er um Erläuterung, wie der Interreligiöse Dialog den Erfolg seiner Veranstaltungen messen und wie die Größe der Veranstaltungen erkennbar sei.

Frau Dr. Astrid Bertram/Interreligiöser Dialog gab an, dass die Teilnehmerzahl von Veranstaltung zu Veranstaltung unterschiedlich war, was auch auf die Abendthematik zurückzuführen sei. An den Veranstaltungen haben eher Erwachsene und weniger Jugendliche teilgenommen.

SB Grünke-Klapdor/CDU hinterfragte das Ziel, welches mit den Veranstaltungen verfolgt würde. Die Teilnehmerzahl von 8 Personen sei sehr überschaubar und die Jugend solle ebenfalls mit einbezogen werden.

Frau Dr. Astrid Bertram/Interreligiöser Dialog erwiderte, dass die Themenabende Vorbereitung erfordern, allerdings für die Jugendlichen ein anderes Format benötigt werde. Zu bedenken sei, dass in den Kirchen generell wenig Jugendliche vertreten seien.

Vorsitzender Rm Falke/CDU gab an, dass der theologische Dialog zu fördern gilt.

Anmerkung der Schriftführung:

Der Vortrag des Interreligiösen Dialogs ist als Anlage beigefügt und somit Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Integrationsrat nahm den Bericht über den Interreligiösen Dialog zur Kenntnis.

Frau Laura Weisi und Frau Milord Nang vom Kommunalen Integrationsmanagement stellten die Sitzungsvorlage zum Thema Erstintegration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in allen Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen vor.

Rm Reffgen/BA teilte mit, dass seine Fraktion die Kommunalen Integrationsmanagement des Landes Nordrhein-Westfalen begrüße, jedoch aus der Sitzungsvorlage keine Zieldefinition ersichtlich sei. Ebenso sei unklar, weshalb im zweiten Abschnitt unter Screening Chancenaufenthalt 49 Fälle in der Kategorie „Kein Bedarf“ aufgeführt wurde. Insgesamt werde eine Fallzahl von 94 angegeben, die den Aufenthaltstitel nach § 104c beantragt haben. Daher wolle er wissen, weshalb 49 Fälle keinen Bedarf haben weiterhin begleitet zu werden. Die Lenkungsgruppe hat im Jahr 2022 beschlossen, dass ein Beteiligungsforum durch den Strategischen Overhead initiiert werden solle. Hier sind zugewanderte Menschen eingeladen, am Gestaltungsprozess von KIM teilzunehmen. Weshalb er anfragte, welche Zielgruppe hierfür ausgewählt werden solle, z. B. auch Vormünder von Minderjährigen, und wie sich die Zusammenarbeiten zukünftig gestalten werde.

Frau Weisi/KIM (Kreis Integration Management) antwortete, dass das Screening die Personen aufführe, die die Beratung bezüglich eines Aufenthaltstitels in Anspruch genommen haben. Die Personen, die bereits gut in der Struktur angekommen seien und ggf. schon ein Ehrenamt ausführen, wurden in der Kategorie „Kein Bedarf“ aufgeführt. Derzeit kann keine konkrete Aussage bezüglich der Prognose und der Zusammenarbeit mitgeteilt werden. Die Prozesse müssen etabliert und sich auch weiterhin verändern sowie den Gegebenheiten angepasst werden. Minderjährige geflüchtete Menschen sollen Unterstützung erhalten, um den Übergang sanfter auslaufen zu lassen. Ein halbes Jahr bevor die Volljährigkeit erreicht werde, sollen bereits die ersten Schritte in die Wege geleitet werden.

Rm Brandenburg/CDU und Rm Gramminger/FDP fragten, wie lange die Betreuungsdauer durch die KIM bezüglich der 13 Personen andauern werde und ob die Betreuung auch bis in den Berufsprozess erfolge.

Frau Weisi/KIM antwortete, dass das Case Management sich ausschließlich mit langfristigen

Fällen beschäftige und nicht mit Einzelanliegen. Ein spezifischer Betreuungsschlüssel kann nicht genannt werden. Die Dauer der Betreuung hänge von der Mitwirkung der beteiligten Personen ab. Es werden mit den beteiligten Personen Ziele festgelegt, deren Umsetzung auch über Jahre andauern könne. Die Betreuung umfasse die Bereiche Wohnung, Bildung, Gesundheit, Finanzen und Beruf.

Rm Kohl/Allianz für Hilden gab an, dass Frau El Khabbachi mit dem Case Management Veranstaltungstermine und Beteiligungsgruppen ausgerichtet habe. Er wolle daher wissen, wie umfangreich der Personenkreis ausgewählt wurde und wie viele Besucher*innen an der Veranstaltung teilgenommen haben.

Frau Weisi/KIM sagte, dass über 15 Personen an den Veranstaltungen teilgenommen haben. Die Teilnehmer kamen aus dem Raum Langenfeld, Monheim am Rhein und Hilden.

Herr Zimmerer/Verwaltung ergänzte, dass auch hier in Hilden die Betreuung und Beratung stattfindet. Frau El Khabbachi habe bereits an den Hilfeplangesprächen teilgenommen und auch seitens der Stadtverwaltung bereits erste Maßnahmen in die Wege geleitet. Da ein regelmäßiger Austausch mit KIM erfolge, entstehe auch keine doppelte Arbeit. Die erste Anlaufstelle für Alltagssituationen sei bei uns im Haus und die langjährigen Fälle werden dann über das Case Management betreut. Daher seien die Fallzahlen gar nicht so niedrig zu werten, da es sich hierbei um eine Zielgruppe handelt, die spezifischere Unterstützung benötige.

Der Integrationsrat nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner teilte dem Ausschuss ergänzend mit, dass mit der Sonderratssitzung am 19.10.2023 entschieden wurde, die Turnhalle am Weidenweg als Flüchtlingsunterkunft umzufunktionieren. Die Organisationsschritte wurden bereits eingeleitet und die Ausstattung hierfür stehe noch zur Verfügung, da zu Beginn des Ukrainekrieges die Turnhalle für eine eventuelle Unterbringung vorgehalten wurde. Eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema habe am 25. Oktober in den Räumlichkeiten der Erlöserkirche stattgefunden. Die Verwaltung versuche weiterhin eine Alternative zu erarbeiten. Der Beigeordnete Stuhlträger überprüfe derzeit, ob ein Grundstück an der Düsseldorfer Straße angepachtet werden könnte. Weiterhin sei ein Anstieg der Fallzahlen zu registrieren. Aktuell kommen wöchentlich 12-15 hilfeschende Menschen und die Kapazitäten der Stadtverwaltung seien nicht mehr ausreichend vorhanden. In der Sozialdezernentenkonferenz, wo auch das Ausländeramt zugegen war, wurde die gleiche Entwicklung kreisweit sowie in NRW bestätigt. Die Thematik Ausweisung wurde diskutiert, da es dort zukünftig zu Änderungen kommen werde. Für die Flüchtlinge, die dem Kreis Mettmann zugewiesen wurden, bestehe eine gute Perspektive zu bleiben und eine Vielzahl von Ausweisungen voraussichtlich nicht stattfinden werde.

Rm Reffgen/BA merkte an, dass die Informationsveranstaltung zu theoretisch aufgebaut war, die praktischen Erfahrungswerte des Integrationsbeauftragten seien nicht berücksichtigt worden. Des Weiteren sei die Darstellung der Fallzahlen in der Sitzungsvorlage auf die Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Deutschland bezogen. Daher bat er um die Flüchtlingszahlen für Hilden.

Frau Voß/Verwaltung sichert dem Ausschuss zu, dass die Anregung zur Sitzungsvorlage in den kommenden Sitzungen berücksichtigt werden.

Herr Zimmerer/Verwaltung teilte mit, dass aktuell die meisten Flüchtlinge aus den Ländern Syrien, Ukraine, Afghanistan, Iran und Irak stammen.

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

5 Sachstandsmitteilung Asyl

WP 20-25 SV
III/051

Rm Buchholz/AfD fragte, ob ein Sicherheitsdienst in der Turnhalle am Weidenweg eingesetzt werden solle, um tägliche Auseinandersetzungen zu unterbinden. Ebenso wolle seine Fraktion wissen, ob die Ursache der Konflikte rekonstruiert werden könne, um gegen zu wirken.

Herr Zimmerer/Verwaltung gab an, dass keine genaue Ursache bekannt sei. Auf Grund der Belegungssituation sei es sehr voll und eng, was eine Rückzugsmöglichkeit ausschließe. Die Sozialarbeiter sind mit den Verwaltungsaufgaben beschäftigt, die bereits jetzt mehr Fälle pro Kopf bearbeiten, als der Personalschlüssel grundsätzlich hergebe. Mögliche Umzüge werden bereits in die Wege geleitet, religiöse Hintergründe und andere Umstände berücksichtigt.

Rm Gramminger/FDP erkundigte sich, ob der Einsatz eines Sicherheitsdienstes sinnvoll wäre.

Rm Brandenburg/CDU sprach sich gegen den Einsatz eines Sicherheitsdienstes aus. Die Menschen seien traumatisiert und benötigen Zeit, sich hier einzugewöhnen. Der Einsatz eines Sicherheitsdienstleisters könnte zu Spannungen innerhalb der Unterkünfte führen. Sollte es zu Straftaten kommen, sei der Einsatz der örtlichen Polizei angemessener.

Rm Reffgen/BA bat, dass Thema Sicherheitsdienst weiterhin zu verfolgen. Nicht ausschließlich um Konflikte und Auseinandersetzungen zu schlichten, sondern auch um die Flüchtlinge von äußeren und rassistischen Angriffen zu schützen.

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass die Stadtverwaltung aktuell prüfe, ob ein Sicherheitsdienst angemessen und notwendig sein werde. Die Stadtverwaltung habe keine praktischen Erfahrungswerte, daher habe sich die Verwaltung mit der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., zwecks Betreuung und Nachbetreuung, in Verbindung gesetzt. Die aktuelle Überlegung gehe in die Richtung, dass ein Nachhausmeister regelmäßig die Unterkünfte abfahren soll. Für Anregungen stehe die Verwaltung gerne zur Verfügung.

Der Integrationsrat nahm den Sachstandsbericht Asyl zur Kenntnis.

6 Vorstellung des Projekts: Zusammen aktiv vor Ort, gesellschaftliche und politische Teilhabe gestalten

WP 20-25 SV
51/249

Frau Voß/Verwaltung teilte dem Ausschuss mit, dass das Projekt ein voller Erfolg sei und auch der Landschaftsverband auf dieses Projekt aufmerksam geworden sei. Die Stadt Hilden erwarte im kommenden Jahr den Besuch von Ministerin Frau Josefine Paul. Der Förderaufruf erreichte über 40 junge Menschen, welche regelmäßig an den Veranstaltungen teilnahmen.

Der Integrationsrat nahm das Projekt "Zusammen aktiv vor Ort, gesellschaftliche und politische Teilhabe gestalten" zur Kenntnis.

Rm Reffgen/BA fragte, ob das 3-Phasen-Modell auch für die Menschen genutzt werden könne, die ihre Ausbildung nicht abschließen konnten. In Zeiten des Fachkräftemangels sollte es eine Priorität sein, so viele Menschen wie möglich zu befähigen, eine Qualifikation zu erreichen.

Frau Voß/Verwaltung antwortete, dass dieses Projekt alle Menschen einbeziehe, die über die rechtlichen Voraussetzungen einer Arbeitserlaubnis verfügen. Voraussetzung, um dieses Modell in Anspruch nehmen zu können sei, dass das Sprachniveau verbessert werden kann. Der Bildungskooperationspartner VHS Hilden-Haan biete hier Sprachkurse an. In der ersten Phase des Modells werde geschaut, wo die Problematik liege und dann geprüft, ob die Defizite mit dem Modell ausgeräumt werden können. Zielsetzung des 3-Phasen-Modells sei die Integration über die Sprache, den Arbeitsplatz und Wohnraum. Es lägen bereits 55 Anmeldungen von Unternehmen vor, die Interesse an einem solchen Modell haben.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass die Scheiterungsgründe genauer hinterfragt werden müssen. Die Verwaltung habe bereits festgestellt, dass das Ursprungsprojekt mit dem Jobcenter und QIAGEN Verbesserungspotential aufwies, weshalb das Verfahren nochmals angepasst wurde. Da es sich hierbei um ein Pilotprojekt handle, sei eine Kurskorrektur weiterhin möglich.

Vorsitzender Falke/CDU ergänzte, dass die Sprachbarriere sicherlich ein Hindernis sei, jedoch auch der Mangel an Motivation ein Grund sein könnte, weshalb das Projekt angepasst werden musste.

Frau Bucan/Türkisch-Islamische Gemeinde merkte an, dass die Theorie und der praktische Teil einer Ausbildung oft sehr gegensätzlich seien. Sie schlug daher vor, Prüfungsvorbereitungskurse für Ausbildungsabsolventen anzubieten.

Der Integrationsrat nahm die Mitteilungsvorlage zum Projekt "3-Phasen-Modell - Integration in den Arbeitsmarkt" zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner teilte dem Ausschuss mit, dass die Gesamtentwicklung angestiegen sei und die Zuweisung sowie die Unterbringung hohe Anforderungen mit sich bringen. Die Kapazitäten und Gestaltungsmöglichkeiten seien aufgebraucht. Eine Kooperation mit der SPE-Mühle werde angestrebt. Ebenfalls sei in Planung, Unterkünfte an der Düsseldorfer Straße anzumieten, um eine ordnungsgemäße Versorgung der Minderjährigen ermöglichen zu können.

Rm Reffgen/BA gab an, dass die Unterkünfte 2015-2018 aufgegeben wurden, weshalb nun erneut improvisiert werden müsse. Ebenso wolle er wissen, ob die ehemaligen Kooperationspartner noch zur Verfügung stehen.

Frau Voß/Verwaltung sagte, dass die Zahlen aktuell steigen und die Kapazitäten aufgebraucht seien. Es handle sich hier um einen Ausnahmezustand. Seit dem Ukrainekrieg versuche die Stadtverwaltung dauerhafte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Ziel sei es aber auch, nicht nur eine kurzfristige Lösung, sondern auch eine Anschlussmaßnahme möglich zu machen. Bezüglich der ehemaligen Kooperationspartner stehe leider keiner mehr zur Verfügung, jedoch sei die Verwaltung bereits mit neuen potenziellen Partnern in Gesprächen.

Der Integrationsrat nahm den Sachstandsbericht Soziale Dienste - Fachdienst unbegleitete minderjährige Ausländer zur Kenntnis.

Der Integrationsrat nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

11.1 Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen: Neukonzeption Fest der Völker

Dr. Grunert/Bündnis'90/Die Grünen verlas folgenden Antrag:

„Der Integrationsrat spricht sich für eine Neukonzeption des „Fests der Völker“ mit neuen Schwerpunkten (z.B. Sport, künstlerische Angebote) aus, die im Rahmen eines Arbeitskreises aus Verwaltung und Mitgliedern des Integrationsrates erarbeitet werden soll. Über die bestehenden MigrantInnen-Vereine hinaus sollen ggf. weitere Ansprechpartner/-innen aus den insbesondere seit 2015 neu entstandenen internationalen Communities gefunden und in die Planung und Gestaltung des Fests einbezogen werden.“

Begründung:

Das Interesse an einer aktiven Teilnahme am „Fest der Völker“ ist deutlich gesunken. Eine zeitgemäße konzeptionelle Neuausrichtung der Veranstaltung bietet die Chance, die Attraktivität des Festes wieder zu erhöhen. Das schließt den Verkauf von internationalen Speisen und Getränken im Beiprogramm nicht aus.“

Ende der Sitzung: 18:48 Uhr

Martin Falke / Datum
Vorsitzender 12.12.23

Sonja Ockenfeld
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister 01.12.23

Sönke Eichner / Datum
Beigeordneter 30.11.23